

SOLIDA RITAT

Der Kreis als Solidar- gemeinschaft?

Das Verhältnis zwischen
Kreis und kreisangehörigen
Kommunen

*Ein Interview mit
Martin Schenkelberg*

„Begegnung schafft Solidarität“

Ein Besuch im neu entstan-
denen Begegnungszentrum
im Mindener Stadtteil Bären-
kämpfen

„Jeder, der hier wohnt, darf in unsere Schule. Denn unsere Schule ist eine Schule für alle“

Ein Besuch in der PRIMUS
Ganztagschule im Münsteraner
Stadtteil Berg Fidel

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement



Editorial

„Besondere Bedeutung für solidarische Stadtgesellschaften haben Bildung und lebenslanges Lernen“ sagt Petra Klein, die Leiterin der Stabsstelle Stadterneuerung bei der Stadt Witten, in dieser Ausgabe. Man könnte diesen Satz genau so gut auch umdrehen: Besonders wichtig für umfassende Bildung und lebenslanges Lernen sind solidarische Stadtgesellschaften – auch solidarische „Kreis-Gesellschaften“ sind ein guter Nährboden für ein gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem – dies meint jedenfalls Martin Schenkelberg, der ehemalige Beigeordnete des Landkreistages NRW, im Interview in diesem TRANSFERjournal und er erläutert an vielen Beispielen, was solidarisches Handeln von Kommunen an Positivem bewirken kann.

Weil im Kommunalen Bildungsmanagement so viele Räder ineinander greifen, so viele gut begründete Interessen, gegensätzliche Lebenslagen und spezifische Kompetenzen miteinander in Verbindung gebracht werden müssen und es keine unmittelbar evidenten und schnell zu erreichenden Lösungen gibt, brauchen wir solidarische Gemeinschaften. Was diese Gemeinschaften auszeichnet erläutert Professor Oliver Hidalgo in seinem Beitrag: Solidarität, so schreibt er, „gleicht ... überall dort gesellschaftliche Schief lagen aus, wo diese auftreten ... ohne dass eine ‚beste‘ Lösung oder zumindest ein kleinstes gemeinsames Übel für alle zu identifizieren ist. Dabei erinnert sie die Einzelnen daran, dass ihr augenscheinlicher Nachteil ihnen am Ende selbst zugutekommt, nicht nur, weil sie selbst irgendwann zu den Benachteiligten zählen könnten, sondern weil sie den Genuss ihrer Vorteile dem Bestand des politisch-demokratischen Gemeinwesens verdanken“.

Kommunales Bildungsmanagement, das sich auf lebenslanges Lernen in allen Bildungs-Settings richtet, braucht ein solidarisches gesellschaftliches Umfeld, in dem zukunftsfähige Lösungen für das Bildungssystem durch Interessen- und Lastenausgleich gefunden werden und so für alle Bevölkerungsgruppen lebenswerte Gemeinden, Städte und Regionen Gestalt annehmen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie in diesem Magazin viele Anregungen für die Arbeit in den Kommunen und in den Bildungsinstitutionen finden. Es bleibt zu hoffen, dass die aktuelle gesellschaftliche Ausnahmesituation uns zeigt, wie essentiell es für unser Gemeinwesen ist, dass wir uns bewusst werden, von welchen Ideen wir uns leiten lassen. „Solidarität“ könnte eine solche Leitidee sein.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Johannes Schnurr
Transferagentur NRW



Inhalt

6 Wie viel Solidarität benötigt die Demokratie?



Von Prof. Dr. Oliver Hidalgo

Solidarität verkommt leicht zur leeren Worthülse. Da es in der modernen Gesellschaft üblich ist, Werte in Geld zu beziffern, verlangt solidarisches Verhalten anscheinend den Verzicht auf geldwerte Vorteile zugunsten schlechter Gestellter. Doch auf wen trifft dieses Kriterium zu?

„Jeder, der hier wohnt, darf in unsere Schule. Denn unsere Schule ist eine Schule für alle“

Die PRIMUS Ganztagschule im Münsteraner Stadtteil Berg Fidel

Kann man Solidarität lernen? Schulleiter Dr. Reinhard Stähling meint, ja. An der Primus Schule in Münster lernen die Kinder und Jugendlichen was Gemeinschaftssinn für eine Gesellschaft und Demokratie bedeutet und wie man verantwortungsvoll handelt.



10

16 Der Kreis als Solidargemeinschaft? Das Verhältnis zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen



Ein Interview mit Martin Schenkelberg, ehemaliger Beigeordneter des Landkreistags NRW für Soziales, Jugend, Arbeit, Gesundheit, Schule, Kultur, Sport und Bevölkerungsschutz.

„Begegnung schafft Solidarität“

Das Mindener Begegnungszentrum im Stadtteil Bärenkämpen bringt Menschen zusammen

Im neu errichteten Begegnungszentrum lernen sich Menschen kennen, die sich sonst vielleicht nie begegnet wären. Es bietet damit Raum für Begegnung, Nähe und Kreativität und fördert den Zusammenhalt im Stadtteil.



20

14 Bildung in Zeiten von Corona
6 Fragen an ...
die Bundeszentrale für politische Bildung

24 „Gemeinsam gestaltete und genutzte Bildungsorte „leben“ Toleranz, Respekt, Vertrauen und Solidarität in einer „gesunden“ Stadtgesellschaft“
Ein Interview mit Petra Klein
Leitung der Stabsstelle Stadterneuerung in der Stadt Witten

Wie viel Solidarität benötigt die Demokratie?

Von Prof. Dr. Oliver Hidalgo

Solidarität verkommt leicht zur leeren Worthülse. Da es in der modernen Gesellschaft üblich ist, Werte in Geld zu beziffern, verlangt solidarischeres Verhalten anscheinend den Verzicht auf geldwerte Vorteile zugunsten schlechter Gestellter. Doch auf wen trifft dieses Kriterium zu? Junge oder Alte, Menschen aus strukturschwachen Regionen oder überkommenen Berufssparten, Flüchtlinge aus armen Ländern oder Benachteiligte der einheimischen Bevölkerung, Ungebildete oder wirtschaftlich Schwache, Kranke oder künftige Generationen? Bei so vielen Individuen und Gruppen, die Solidarität benötigen, fühlen sich viele überfordert und es ist oben-drein schwer zu ermessen, wofür jeder selbst verantwortlich ist. Was Solidarität bedeutet, verstehen wir darum erst, wenn wir den Blick weg von den Einzelfällen auf das Ganze der Demokratie richten.

Angesichts der massiven Ausgehbeschränkungen im Zuge der Corona-Krise ist viel von Solidarität die Rede. Gemeint ist, dass nicht nur Risikogruppen, sondern auch jüngere Menschen ohne Vorerkrankungen zu Hause bleiben sollen, um Infektionsketten zu unterbrechen. Wer sich hingegen nicht ‚solidarisch‘ zeigt, dem drohen empfindliche Geldbußen. Auch diejenigen, für die das Covid-19 Virus statistisch betrachtet eher ungefährlich ist, haben folglich Nachteile in Kauf zu nehmen, die zum Teil existenzbedrohende Ausmaße annehmen. Ist eine solche Form der Solidarität zu rechtfertigen? Und kann es sich überhaupt um Solidarität handeln, wenn sie vom Staat erzwungen wird?

„Zum Begriff der Solidarität möchte ich [...] sagen, dass dieser Ausdruck seit der Französischen Revolution und den frühsozialistischen Bewegungen nicht als moralischer, sondern als politischer Begriff verwendet wird. Solidarität ist nicht Nächstenliebe. Wer sich solidarisch verhält, nimmt im Vertrauen

darauf, dass sich der andere in ähnlichen Situationen ebenso verhalten wird, im langfristigen Eigeninteresse Nachteile in Kauf.“ (Habermas 2017)

Historisch ist der Begriff ‚Solidarität‘ stark gewerkschaftlich besetzt (Prott 2019). Mit ihrer Hilfe sollte die extreme Arm-Reich-Schere entschärft werden, auf welche ungebremste Prinzipien des Individualismus und der sozialen Mobilität sonst hinauslaufen. Darin kam die Einsicht zum Ausdruck, dass die unteren Klassen in ihrem Kampf gegen soziale Unterdrückung und für bessere Arbeitsbedingungen nur erfolgreich sein konnten, wenn sie sich nicht auseinanderdividieren ließen. Das Vertrauen in die Stärke der Gemeinschaft, wechselseitige Unterstützung sowie die freiwillige Handlung und nicht der Verzicht oder gar die Selbstaufopferung standen dabei im Zentrum.

Zugleich zeigte sich das Eintreten für Solidarität weniger ambitioniert als die 1789 ge-

forderte Brüderlichkeit oder die christliche Nächstenliebe. Die Idee eines harmonischen Sozialverbands wurde von der Forderung nach Solidarität nicht reanimiert. Ausgangspunkt blieb vielmehr die Realität einer durch den Pluralismus der Interessen gespaltenen Gesellschaft, deren Ungleichgewichte es zu kompensieren galt. Keineswegs zufällig etablierte sich insofern der Sozialstaat als Verkörperung des Solidaritätsgedankens in der politischen Praxis.

Umstritten ist, inwieweit die Solidarität als „Inbegriff gefühlhaltiger Bindekräfte“ (Hondrich/Arzberger-Koch 1992, 9) oder als bloße Vermittlung von individuellen und kollektiven Belangen taugt. In jedem Fall betrifft die Solidarität eine Anteilnahme, die wenig mit Altruismus und viel mit einer emotionalen wie rationalen Zusammengehörigkeit von Menschen zu tun hat, die sich oft gar nicht persönlich kennen (Brunkhorst 1997).

Solidarisches Verhalten geht meist über die Anwendung von internalisierten bzw. die Befolgung staatlicher Normen hinaus. Es ist mithin ein besonderer Gegenstand der Persönlichkeitsbildung und setzt die Reflexion



Der Begriff **Solidarität** (lat. solidus für gediegen, echt, fest) erfasst eine Haltung, die zur Verbundenheit und Unterstützung von Zielen und Handlungen anderer führt. Sie spielt sich auf diversen Ebenen (z. B. Familie, Beruf, Nachbarschaft, soziale Klasse, Staat, internationale Gemeinschaft) ab und meint mit Émile Durkheim sowohl den (mechanischen) wertebasierten Zusammenhalt zwischen gleichgesinnten und -berechtigten Individuen und Gruppen als auch deren reziproke (organische) Abhängigkeit in der arbeitsteiligen Gesellschaft.

seiner Kontextabhängigkeit und Konstitutionsbedingungen (z. B. geteilte Überzeugungen, soziale Nähe, identifizierter Gegner) gleichermaßen voraus (Hondrich/Koch-Arzberger 1992, 9-29).

Für jede Demokratie ist es entscheidend, dass sich die Bürger*innen nicht isoliert, sondern als Teil einer kollektiv handlungsfähigen Einheit wahrnehmen. Häufig wird die Solidarität deswegen als notwendig für die Volksherrschaft postuliert, ohne dass



Prof. Dr. Oliver Hidalgo

Er ist außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Universität Regensburg und Akademischer Oberrat am Institut für Politikwissenschaft der WWU Münster. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind die Politische Theorie und Ideengeschichte, die Demokratietheorie sowie das Verhältnis von Politik und Religion im demokratischen Rechtsstaat.

Letzte Veröffentlichung: Hidalgo, Oliver und Hammer, Stefanie, Politik, Ethik und Religion. Auf der Suche nach der guten Ordnung. Wiesbaden 2020.

dies speziell begründet würde. Zu evident scheint, dass eine Gesellschaft aus Egoisten, die ihren Nutzen ohne Rücksicht auf andere maximieren wollen, zum Scheitern verurteilt ist. Eine Demokratie ohne Solidarität verkäme fast zwangsläufig zur Tyrannei der Mehrheit, der Lobbyisten oder Technokraten. Andererseits zählt es nicht umsonst zu den größten Errungenschaften des demokratischen Rechtsstaats, dass hier weder das Wohl des Einzelnen den übergeordneten Zwecken der Gemeinschaft geopfert noch das institutionalisierte Austragen von Konflikten unterbunden wird. Deswegen soll über das Solidaritätsprinzip lediglich ein Ausgleich der Widersprüche stattfinden, die der Idee des Demokratischen selbst zugrunde liegen.

Das Kardinalproblem demokratischer Solidarität besteht allerdings darin, dass die Grenzen der Gemeinschaft, deren Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit zu sichern sind, nicht feststehen. Wer gehört zum ‚Wir‘, wer bleibt aus legitimen Gründen ausgeschlossen? Sowohl räumlich als auch zeitlich kommt keine Demokratie um Restriktionen herum, weswegen Inklusion und Exklusion,

Toleranz und Nicht-Tolerierbares, Solidarität und individuelles Interesse überlappen. Besonders in Krisenzeiten verspricht dies wenig normative Orientierung. Hinzu kommt, dass jeder Mensch verschiedenen ‚Gemeinschaften‘ angehört und bei gegensätzlichen Loyalitäten jeweils andere ‚Außenstehende‘ zu berücksichtigen hat.

Die Not wird indes umgekehrt zur Tugend. Weil die Demokratie ihrerseits aus unauflösbaren Spannungen zwischen Freiheit und Gleichheit, Volkssouveränität und Repräsentation, Mehrheits- und Gesetzesherrschaft, Pluralität und Einheit, individuellen und kollektiven Ansprüchen besteht, sind Recht und Gerechtigkeit hier von den einschlägigen Verfahrensweisen entkoppelt. Das heißt, die im Rahmen der Demokratie geltenden Normen bleiben stets kritisierbar, resultieren sie doch auf legitimationstheoretisch heiklen Parametern wie der ‚verführbaren‘ Masse, ‚parteilichen‘ Politiker*innenn, Expert*innenmeinungen ohne hinreichende Basis im ‚Volk‘, wechselnden Mehrheitsverhältnissen, sich wandelnden ‚Werten‘, dem Einfluss von Lobbygruppen, richterlichen Auslegungen u. v. m. (Hidalgo 2020). Ein universaler

Literatur

- » Kurt Bayertz (Hrsg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt a. M. 1998.
- » Hauke Brunkhorst: Solidarität unter Fremden. Frankfurt a. M. 1997.
- » Heinz Bude: Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. München 2019.
- » Jürgen Habermas: Europa neu denken (Diskussion mit Sigmar Gabriel und Emmanuel Macron), 16.3.2017. www.blaetter.de/ausgabe/2017/april/europa-neu-denken
- » Oliver Hidalgo: Anomie als Strukturdefekt der Demokratie? In: Martin Sebaldt et al. (Hrsg.): Anomien der Demokratie. Wiesbaden 2020 (i. E.).
- » Karl Otto Hondrich/Claudia Koch-Arzberger: Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt a.M. 1992.
- » Jürgen Prott: Solidarität in zerbrechlicher Gesellschaft. Soziale Schichtung und Mobilität in Deutschland. Augsburg/München 2019.
- » Richard Rorty: Kontingenz, Ironie, Solidarität. Frankfurt a. M. 1989.

Ankerpunkt des Wahren und Guten, den in der vormodernen Gesellschaft die Religion repräsentierte, ist in der säkularen Demokratie hingegen unweigerlich verloren gegangen.

Die Solidarität kommt somit (ähnlich wie die Toleranz) in solchen Problemkreisen der Demokratie zum Tragen, deren Bestimmungsgründe gar nicht intersubjektiv verbindlich zu entscheiden sind (Rorty 1989). Als amorphe Tugend gleicht die Solidarität überall dort gesellschaftliche Schieflagen aus, wo diese auftreten und ohne dass eine ‚beste‘ Lösung oder zumindest ein kleinstes gemeinsames Übel für alle zu identifizieren ist. Dabei erinnert sie die Einzelnen daran, dass ihr augenscheinlicher Nachteil ihnen am Ende selbst zugutekommt, nicht nur, weil sie selbst irgendwann zu den Benachteiligten zählen könnten, sondern weil sie den Genuss ihrer Vorteile dem Bestand des politisch-demokratischen Gemeinwesens verdanken.

Vor diesem Hintergrund bleibt gewiss zweifelhaft, ob die akute Corona-Krise eine Art der Solidarität und Entschleunigung gene-

riert, die angesichts der von der Globalisierung provozierten Prozesse der Entfremdung und ökologischen Zerstörung dringend erforderlich wäre (Bude 2019). Immerhin jedoch verdeutlicht sie, dass Solidarität allein für das gleichberechtigte Interesse am Überleben unentbehrlich ist. Und während mit jeweils plausiblen Argumenten endlos darüber zu streiten ist, ob die staatlichen Eingriffe in den Alltag der Bürger*innen den demokratischen Rechtsstaat nun erhalten oder untergraben, ist eines klar ersichtlich: ‚Echte‘ Solidarität ist die, in der sich die komplexe Idee der Demokratie widerspiegelt.





**„Jeder, der hier wohnt,
darf in unsere Schule.
Denn unsere Schule ist eine
Schule für alle“**

Die PRIMUS Ganztagschule im
Münsteraner Stadtteil Berg Fidel



Schulleiter Dr. Reinhard Stähling vor der PRIMUS Schule in Münster.

PRIMUS Ganztagschule in Münster

Die PRIMUS Schule Münster ist seit 2014 eine Modellschule des Landes NRW, die auf zwei Standorte in Münster verteilt ist. Um allen Schüler*innen eine höhere Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, werden dabei die Grundschule und die Sekundarschule in einer Ganztagschule zusammengefasst. Ziel ist es, gemeinsam bis zum Jahrgang 10 zu lernen, und somit Bildungsbiografien ohne Brüche zu ermöglichen. Ein Hauptaugenmerk liegt auf der individuellen Förderung, insbesondere auch von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf. Lehrer*innen und Fachkräfte arbeiten dabei gemeinsam in einem Team.

www.primus-muenster.de

An der PRIMUS Ganztagschule im Stadtteil Berg Fidel in Münster beginnt der Tag bereits um 7 Uhr. Zumindest für einige der rund 550 Schüler*innen. Manche sind noch ein wenig verschlafen, andere schon bereit für den Start in den Schultag. Auf den Tischen vor den etwa zwölf Kindern stehen appetitliche selbst belegte Brote. So ein leckeres und gesundes Frühstück ist nicht für alle Kinder selbstverständlich. Deshalb gibt es FRÜZ, einen Verein, der jeden Morgen ehrenamtlich ein kostenloses Schulfrühstück anbietet. Auf den Tischen am Rande des Raumes ist ein kleines Buffet aufgebaut. Einige der Kinder

gandquote als auch die kulturelle Vielfalt sind hier ausgeprägt.

„Alle Schüler*innen sind willkommen. Jeder, der hier wohnt, darf in unsere Schule. Denn unsere Schule ist eine Schule für alle.“ Das zu betonen, ist Schulleiter Dr. Reinhard Stähling wichtig. Er ist bereits seit 2002 Schulleiter und hat zunächst die Grundschule in Berg Fidel maßgeblich mitgestaltet. Seit 2014 ist die Grundschule zusammen mit der ehemaligen Geist-Schule zu einer sogenannten PRIMUS Schule verschmolzen. Sie ist damit etwas Besonderes: nämlich ein inklusiver

*„Die beste Pädagogik wird dort gemacht,
wo die schwierigsten Kinder sind.“*

Dr. Reinhard Stähling

schnibbeln gerade Gurken, Tomaten und Obst, da schallt es durch den Raum: „Am liebsten mag ich hier die gekochten Eier“. Die Kinder kommen gerne und viele auch freiwillig bereits vor Unterrichtsbeginn zum gemeinsamen Frühstück. Denn hier ist immer was los und sie können mit einem gut gefüllten Magen ihren Tag beginnen.

Schulversuch des Landes NRW, in dem alle Schüler*innen von der ersten Klasse bis zu ihrem Abschluss jahrgangsübergreifend zusammenlernen. Keiner kann hier sitzenbleiben. Und für jede Klasse ist nicht nur ein*e Lehrer*in, sondern ein multiprofessionelles Team zuständig.

Berg Fidel liegt im Süden der Stadt Münster und ist Heimat für etwa 5500 Menschen. Wahrzeichen ist der „Weiße Riese“, ein als Luxuswohnkomplex geplantes Hochhaus, das weithin sichtbar ist. Sowohl die Ju-

Stähling legt besonderen Wert darauf, Strukturen zu schaffen, in denen Lehrer*innen und vor allem auch die Schüler*innen Zusammenhalt leben und erleben können. Für ihn ist die Schule eine „Keimzelle, in der Kinder und Jugendliche lernen und auspro-



bieren können, mit anderen zusammenzuleben.“

Mittlerweile ist es kurz vor Acht und es wird immer wuseliger in den Gängen vor den Klassenräumen. Mit Schwung und viel guter Laune kommt auch Ben* in die Sonnenblumenklasse, in der Kinder in den Jahrgängen vier bis sechs gemeinsam lernen. An seiner Seite ist Schulbegleiter Hans Ruthmann und Nero, der kleine, wuschelige Klassenhund. Ben ist eins der Kinder mit erhöhtem För-

„Ich finde es super, dass alle Kinder so unterschiedlich sind.“

Lena

derbedarf. Für Stähling ist „Inklusion eine Frage der Didaktik“. Deshalb darf und soll jedes Kind die PRIMUS Schule besuchen. Alle Schüler*innen werden nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert.

Wo sonst ein Schulgong zum Schulbeginn läutet, hört man in der PRIMUS Schule nichts. Hier gibt es einen offenen Start in den Tag. Die Kinder können in einem festgelegten Zeitfenster in Ruhe ankommen und werden von Klassenlehrerin Hannah Langen in einem vom „Klassenraum“ abgetrennten Bereich begrüßt. Sie ist gemeinsam mit ei-

Schon vor Schulbeginn nutzen einige Kinder die Zeit zum Frühstück.

nem Klassen-Team für die 20 Kinder der Sonnenblumenklasse zuständig. Oft erzählen die Schüler*innen von ihren Erlebnissen, was sie bewegt und wie sie sich fühlen. Auch organisatorische Fragen werden geklärt. So können die Kinder erst einmal alles Wichtige loswerden, um sich dann an ihre Aufgaben zu setzen. Im zweiten Klassenraum herrscht bereits eine angenehme Ruhe. Man könnte fast eine Stecknadel fallen hören. Konzentriert arbeiten die Kinder an ihren Materialien. Jeder löst dabei seine ganz individuellen Mathe-Aufgaben.

Frontalunterricht, bei dem alle dasselbe hören und lernen, gibt es nur selten. Die individuellen Fähigkeiten stehen an der PRIMUS Schule im Vordergrund. Jedes Kind soll hier

bestmöglich gefördert werden. Noten gibt es deshalb auch erst ab der 9. Klasse. Stattdessen erhalten die Kinder jedes Jahr einen Lernstandsbericht, der detailliert die Entwicklungen der Kinder beschreibt. Das sei viel aussagekräftiger als ein übliches Zeugnis mit Noten, meint Lehrerin Hannah Langen. Auch der sonst oft übliche Konkurrenzdruck und der Vergleich von Leistungen – „Ich bin besser als du“ – falle damit weg. Viel wichtiger ist allen das Miteinander. Das merkt man auch bei der Stillarbeit. Immer wieder ist leises Flüstern zu hören, aber nicht weil sich die Kinder unterhalten, sondern weil sie sich



Gemeinsame Pause an der PRIMUS Schule in Münster mit Fußballspielen.

gegenseitig helfen und bei der Lösung der Aufgaben unterstützen.

„Ich finde es super, dass alle Kinder so unterschiedlich sind.“, fällt Lena* dann auch sofort auf die Frage „Was ihr an ihrer Schule besonders gut gefalle?“ ein. „Und nette Kinder gibt’s hier.“ Natürlich gibt es auch mal Streit oder ein böses Wort untereinander. Um diese aus der Welt zu schaffen, tritt wöchentlich der Klassenrat zusammen. Hier können die Schüler*innen Probleme miteinander besprechen.

„Wie fühle ich mich heute?“ Um miteinander ins Gespräch zu kommen, suchen sich die Jugendlichen zunächst eine Karte aus, die ihre momentanen Gefühle und Emotionen widerspiegeln. Dann wird miteinander gesprochen. Alina hält eine Karte mit einem traurigen Gesicht in die Runde. Stähling möchte mehr von Alina erfahren. Stockend erzählt sie, dass sie ihre alte Klasse besucht hat, ihre ehemalige

Klassenlehrerin aber nicht da war. Das habe sie sehr traurig gemacht. Jedes Kind darf in dieser Runde berichten, wie es sich fühlt oder welche Probleme es gerade hat. Das weckt Empathie und stärkt die Solidarität in der Klasse – beides Aspekte, die für Schulleiter Stähling für ein gutes Schulklima entscheidend sind. „Der Klassenrat ist wichtig, damit die Kinder lernen, sich in andere hineinzusetzen und sie merken, ich bin ja gar nicht alleine mit meinen Problemen.“ Ein großes Thema an diesem Morgen ist auch der lange Schulweg für einige der Schüler*innen mit dem Bus. „Die Busse sind so voll, dass ich manchmal gar nicht an der richtigen Bushaltestelle aussteigen kann“, berichtet Alicja*. Also wird kurzerhand vereinbart, einen Brief an die Stadtwerke zu schreiben und um mehr Busse zu bitten.

Dann ist Ben an der Reihe und berichtet von seinem Schulweg. Seine Lieblingsstraße ist die Hammerstraße, vor

allem wenn es sich dort mal wieder staut. Alle hören Ben aufmerksam zu. Ben ist voll integriert und man merkt, dass er sich in dieser Gemeinschaft wohl und akzeptiert fühlt. Diesen Eindruck bestätigt auch sein Schulbegleiter Ruthmann: „Das funktioniert hier klasse. Alle Kinder werden wertgeschätzt.“

Zum ersten Mal an diesem Tag ertönt ein Gong. Gemeinsame Pause für alle Klassen. Die Kinder strömen lachend auf den Pausenhof. Damit all dies auch weiterhin gelingen kann, ist für Stähling die richtige Haltung entscheidend. Sein Motto: „Die beste Pädagogik wird dort gemacht, wo die schwierigsten Kinder sind.“ Dass die Kinder gerne in ihre PRIMUS Schule im Stadtteil Berg Fidel kommen, merkt man und man kann nur hoffen, dass die Vision einer Schule für alle Kinder eine Zukunft hat.

* Namen von der Redaktion geändert.

Bildung in Zeiten von Corona

6 Fragen an ... die Bundeszentrale für politische Bildung

1. Welches Ziel verfolgt die bpb in solchen außergewöhnlichen Zeiten mit ihren Online-Lernangeboten?

Wir befinden uns momentan in einer Sonder-situation: Neben beruflichen Sorgen und der Angst, sich selber oder andere Mitmen-schen anzustecken, ist die soziale Isolation eines der größten Probleme. Mit unseren Angeboten versuchen wir, Lehrkräfte dabei zu unterstützen, den Schüler*innen trotz schulfrei Inhalte zu vermitteln. Aber auch für Eltern, die die Home-Schooling Situation organisieren müssen, können die Materialien der bpb hilfreich sein. Wir ersetzen dabei natürlich nicht den regulären Unterricht, aber wir bieten täglich neue Themen an, um das eigene Wissen und den Horizont trotz weitreichender Kontaktverbote zu erweitern. Im Fokus unserer Angebote stehen dabei – neben Aufklärung und Sensibilisierung – vor allem das Gespräch und die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Wir wollen nicht nur senden, sondern den Diskurs eröffnen.

2. Wer nutzt Ihre Angebote?

Unser Angebot unterstützt alle, die sich mit Politik befassen und sich kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen wollen: von Lehrer*innen, die sich Unterrichtsmaterialien bestellen, interessierten Bürger*innen, die das bpb-forum besuchen, oder Journalist*innen, die an Studienreisen nach Israel teilnehmen, bis hin zu Schüler*innen, die die Materialien im Unterricht nutzen.

Unsere Angebote richten sich an verschiedene Zielgruppen. Während einige Menschen gerne unsere Sachbücher in unserem Shop bestellen, erreichen wir andere beispielsweise eher mit unserem täglichen Messenger-Dienst „Deine tägliche Dosis Politik“ oder über unseren Instagram-Kanal.

3. Wie kann es gelingen, dass digitale Bildungsangebote möglichst viele Jugendliche erreichen und auch von ihnen genutzt werden?

Wenn wir Angebote an junge Menschen adressieren, sind wir darum bemüht, sie auf kreative und altersgerechte Weise zu gestalten. Das Magazin *fluter* ist zum Beispiel so ein Fall, der sich schon allein optisch eher an eine jüngere Zielgruppe richtet. Aber auch auf anderen Plattformen sind wir aktiv. Durch moderne Kommunikationsmethoden wie gutes Storytelling – mit einer Mischung aus Fakten und Unterhaltung – machen wir Ereignisse und Themen erfahrbar.

Darüber hinaus versuchen wir durch die Zusammenarbeit mit relevanten Influencer*innen, unsere eigene Glaubwürdigkeit für die Zielgruppe zu erhöhen und Angebote zu schaffen, die Jugendliche in ihren Lebenswelten abholen.

4. Sie haben ein Online-Angebot „Die Politikstunde“, was ist das Ziel dieses Lernangebots?

Die Politikstunde ist als spontanes Politikvermittlungsangebot im Live-Stream

zu Themen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft konzipiert. Anders als bei den anderen Angeboten der bpb musste es diesmal sehr schnell gehen, denn das ausgesprochene Kontaktverbot der Landesregierungen kam zwar nicht überraschend, aber doch so, dass anders als sonst üblich, nicht mehrere Wochen der Planung vorausgehen konnten. Dennoch war der Impuls – Zivilgesellschaft stärken“ gerecht zu werden, sehr stark. Daraufhin haben wir beschlossen, mit einem Angebot an die Öffentlichkeit zu gehen. Wir erproben das Live-Streaming seit einigen Jahren und haben bereits etliche Formate umgesetzt, so dass Wissen und auch die entsprechende Technik vorhanden waren, um täglich von 11:00 bis 11:45 Uhr live online zu gehen.

Die Resonanz derer, die wir um Hilfe gebeten haben, war groß – sowohl beim Mitwirken als auch beim Themenspektrum. Viele Fachbereiche der bpb haben sich mit bestehenden Angeboten beteiligt, gleichzeitig sind dabei ganz neue Kontakte entstanden.

5. Wie wichtig ist – auch aufgrund der aktuellen Lage – Solidarität für eine Gesellschaft? Was und wie kann po-

litische Bildung zu einer solidarischen Gesellschaft beitragen?

Solidarität ist unabdingbar sowohl mit den Menschen, die alles am Laufen halten, aber auch mit denen, die gerade in dieser Zeit am meisten zu kämpfen haben. In unserer Gesellschaft setzen wir uns vor allem für die Schwachen ein und versuchen, Benachteiligung entgegenzutreten. Dafür braucht es ein Verständnis für politische Zusammenhänge, Fakten-Wissen, die Fähigkeit, kritisch zu hinterfragen, aber auch eine Idee davon, wie man sich selber einbringen kann. Mit unseren Angeboten versuchen wir, das zu vermitteln.

6. Kann man Solidarität lernen?

Ja, das ist die Aufgabe der politischen Bildung. Aber auch Schulen, Bildungseinrichtungen und sonstige Orte, an denen Menschen zusammenkommen, haben das Ziel, Zivilgesellschaft zu fördern. Darum arbeiten wir mit einem dichten Trägernetz und vielen Multiplikator*innen zusammen.

> www.bpb.de/politikstunde
> www.fluter.de

Der Kreis als Solidargemeinschaft?

Das Verhältnis zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen

Ein Interview mit Martin Schenkelberg

Was assoziieren Sie mit dem Begriff „Solidarität“?

„Solidarität“ ist für mich zunächst ein Begriff, der ein positives zwischenmenschliches Verhalten umschreibt, das im besten Falle auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruht. Der Begriff „Solidarität“ ist zudem eng mit dem Begriff „Gerechtigkeit“ verbunden. Wir sind untereinander solidarisch, um Lasten so auf mehrere Schultern zu verteilen, dass wir alle ein gerechtes Maß an Belastung tragen. Um dieses Maß zu treffen, muss ich zunächst wissen, wer starke Schultern und wer eher schwache Schultern hat. Und ich muss wissen, wo wir hinwollen, welches Ziel wir gemeinsam anstreben möchten.

Was bedeutet Ihrer Meinung nach Solidarität auf der kommunalen Ebene? Beispielsweise im Verhältnis zwischen kreisangehörigen Kommunen und dem Kreis?

In der Corona-Krise können wir Solidarität auf der kommunalen Ebene an allen Ecken und Enden beobachten. Dies hat sich darin gezeigt, dass die betroffenen Kommunen sich unterein-

ander über die effektivsten Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung des Corona-Virus austauschen, über gleichförmiges Vorgehen abstimmen und sich gegenseitig praktische Arbeitshilfen zur Verfügung stellen. Sehr kollegial und solidarisch war auch das Zusammenwirken von Kreisgesundheitsämtern und örtlichen Ordnungsbehörden, wenn es darum ging Quarantänen anzuordnen oder Betretungsverbote auszusprechen.

Im Verhältnis zwischen den Kreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden ist Solidarität – aber auch jenseits von Corona – gewissermaßen notwendige Voraussetzung dafür, dass kommunale Selbstverwaltung im Kreisraum überhaupt funktioniert. So verlangt auch bereits die Kreisordnung NRW, dass die Kreise auf die Wirtschaftskraft der kreisangehörigen Kommunen und ihrer Einwohner*innen Rücksicht nehmen. Die Kreise haben also eine Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion. Kreise und kreisangehörige Kommunen teilen sich hierbei die Aufgaben, die kreisfreie Städte alleine wahrnehmen. Kommunen in einem Kreis sind in der Regel viel unterschiedlicher als die Stadtteile in einer Stadt, da die Kommunen häufig weniger dicht besiedelt sind und die

Martin Schenkelberg

Martin Schenkelberg ist Rechtsassessor und hat einen Magister der Verwaltungswissenschaften. Bis 2018 war er bei der Stadt Leverkusen und dem Städtetag NRW beschäftigt, bevor er als Beigeordneter des Landkreistags NRW für Soziales, Jugend, Arbeit, Gesundheit, Schule, Kultur, Sport und Bevölkerungsschutz tätig war. Seit 2020 ist er Referent für Gesellschaft und Soziales bei der Stadt Ansbach (Bayern).



Kreisbewohner*innen längere Distanzen überwinden müssen, um von einer Kommune in die nächste zu gelangen. Außerdem sind das öffentliche Verkehrsnetz und die Wirtschaftskraft der kreisangehörigen Kommunen oftmals sehr unterschiedlich.

Solidarisches Handeln im Kreis setzt also ein Bewusstsein für die Stärken und Schwächen im kreisangehörigen Raum voraus. Wenn ich weiß, wie unterschiedlich sich zum Beispiel die Arbeitslosenquote verteilt, wo der Altersdurchschnitt einer Kommune liegt, wie unterschiedlich der Leerstand in Wohnimmobilien oder die Versorgung mit Bildungsangeboten ist, dann weiß ich auch, welche individuellen Bedürfnisse diese Kommunen haben. Kreissolidarität ist dann theoretisch ganz einfach: Ich muss durch gezielte Ansiedlungspolitik zum Beispiel bei Berufskollegs oder Fachhochschulen Impulse der Wirtschaftsförderung setzen. In der Praxis ist es natürlich nicht so einfach: Denn es braucht einen Verteilungsmaßstab, der von allen Kommunen als gerecht bewertet wird. Und gerade bei der Ansiedlung von öffentlichen Einrichtungen kommt es natürlich auch darauf an, die Anforderungen der Einrichtung an beispielsweise eine gute Erreichbarkeit zu erfüllen und über eine

ausreichend große und baureife Fläche zu verfügen.

In welchem Bereich wünschen Sie sich mehr Solidarität und warum? Woran würden Sie merken, dass das „Mehr an Solidarität“ eingetreten ist?

Ein Mehr an Solidarität würde ich mir vor allem in zwei Bereichen wünschen: In der Jugendhilfe und in der Bildungspolitik. Im Bereich der Jugendhilfe ist es so, dass kreisangehörige Kommunen, wenn sie eine bestimmte Mindestgröße erreichen, ein eigenes Jugendamt errichten dürfen. Das führt in manchen Kreisen dazu, dass nur noch die kleinsten, am wenigsten dicht besiedelten Kommunen dem Kreisjugendamt angehören und dieses alleine finanzieren müssen. Dabei wäre es oftmals viel effektiver, wenn das Kreisjugendamt seine Aufgaben in einer größeren und zusammenhängenden Fläche wahrnehmen könnte. Nicht zuletzt könnte das Kreisjugendamt dann auch mehr Expert*innen für Fachthemen vorhalten, für die in kleineren Einheiten der Personalstamm teilweise nicht ausreicht.

„Im Verhältnis zwischen den Kreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden ist Solidarität [...] gewissermaßen notwendige Voraussetzung dafür, dass kommunale Selbstverwaltung im Kreisraum überhaupt funktioniert.“



„Der Maßstab für das Gelingen muss vielmehr sein, ob Herausforderungen im Solidarverbund effektiver bewältigt werden können.“

In der Bildungspolitik sind die originären Schulträgeraufgaben der Kreise in der Praxis in der Regel auf die Förderschulen und Berufskollegs beschränkt. Daneben übernehmen die Kreise wichtige Koordinierungsaufgaben beispielsweise in den Regionalen Bildungsnetzwerken oder in den kommunalen Integrationszentren. Den Kolleg*innen in diesen Arbeitseinheiten würde es natürlich sehr helfen, wenn Einigkeit zum Beispiel über Personalaufstockungen zwischen den Kreisen und kreisangehörigen Kommunen schneller erreicht werden könnte. Dies wäre auch bei der Finanzierung der Eigenanteile für Förderprojekte des Landes sehr hilfreich. Oftmals wird hier auf Kreisebene Gutes vorbereitet und organisiert, was aber später am fehlenden Einvernehmen zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen scheitert.

Insbesondere in der Abstimmung zwischen den kreisangehörigen Kommunen mit ihren weiterführenden Schulen wie Gesamtschulen und Gymnasien, aber auch bei der Neuerrichtung von Grundschulen wäre es natürlich wünschenswert, wenn Schulentwicklungsplanung grundsätzlich interkommunal ablaufen würde, vielleicht sogar unter Moderation des Kreises. Die Basis hierfür könnte das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement vor Ort bieten, bei dessen Aufbau und Entwicklung die Transferagentur NRW hervorragende Arbeit leistet.

Der Erfolg von Zusammenarbeit im Kreis lässt sich natürlich nicht leicht messen, jedenfalls gibt es nicht die eine entscheidende quantitative Kennzahl. Auch kann der Erfolg nicht alleine daran gemessen werden, ob der Kreis möglichst viele öffentliche Einrichtungen selber betreibt, denn die kreisangehörigen Kommunen können auch untereinander Zweckverbände errichten oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen miteinander schließen. Der Maßstab für das Gelingen muss vielmehr sein, ob Herausforderungen im Solidarverbund effektiver bewältigt werden können. Schaffe ich es in relativ kurzer Zeit Einigkeit über gemeinsame Ziele herzustellen und läuft die Zusammenarbeit im Wesentlichen reibungslos? Sinnvoll ist es, hierzu von Anfang an eine Evaluation zu vereinbaren, bei der alle Beteiligten von der Behördenspitze bis zum*zur Sachbearbeiter*in dazu befragt werden, wie sie die Zusammenarbeit bewerten. Am Ende ist die Bewertung der Zusammenarbeit eine Sache der beteiligten Hauptverwaltungsbeamten und der zuständigen Vertretungskörperschaften.

Was würde ein konstruktives Verhältnis zwischen kreisangehörigen Kommunen und dem Kreis unterstützen?

Solidarität im Kreis setzt den endgültigen Abschied vom Kirchturmdenken voraus. Das

Wichtigste ist nicht, dass alle kreisangehörigen Kommunen die gesamte Palette der öffentlichen Daseinsvorsorge anbieten können, dass jede Kommune alles macht, sondern dass alle notwendigen Einrichtungen und Angebote im Kreis gut und bedarfsgerecht verteilt sowie so gut wie möglich untereinander vernetzt sind. Die Kontrollfrage für die Verteilung sollte sein: Was nützt unseren Bürger*innen am meisten? Denn dem*der Bürger*in ist es oftmals egal, wo kommunale Grenzen liegen, er*sie möchte in jeder Hinsicht gut versorgt sein.

Kreissolidarität muss hierbei von Landrat*in und Bürgermeister*innen zur Chefsache erklärt und praktisch vorgelebt werden. Denn nur, wenn ich als kommunale*r Beschäftigte*r weiß, dass Kreissolidarität ganz oben auf der politischen Agenda steht, weiß ich, dass solidarisches Handeln auch erwünscht ist und wertgeschätzt wird. Letztlich setzt Solidarität im Kreisraum also einen Bewusstseinswandel voraus.

Was müsste sich verändern und warum?

Eine große strukturelle Herausforderung ist, dass die Bürgermeister*innen in erster Linie ihren Bürger*innen verpflichtet sind und von den Bürger*innen in der Nachbarkommune nicht gewählt werden können. Von der Zufriedenheit der Bürger*innen in

der Nachbarkommune habe ich als Bürgermeister*in also zunächst nichts. Das kann mich natürlich dazu verleiten, dass ich dafür Sorge, dass meine Infrastruktur bestens ist und ich aus dem Blick verliere, was ich solidarisch auch für meine Nachbarkommunen tun kann. Überwunden werden kann dieses Denken nur dadurch, dass die kreisangehörigen Kommunen möglichst viel gemeinsam tun. Das fängt bei gemeinsamen Besprechungen auf allen Ebenen an, führt weiter über gemeinsame Beschaffungen und kann in die gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit der abgestimmten Errichtung von Schulen münden. Hierbei sind Rückschläge natürlich nicht ausgeschlossen, zum Beispiel wenn die zuständigen kommunalen Räte ein lange geplantes gemeinsames Gewerbegebiet ablehnen – auch das ist Demokratie und daher zu respektieren.

Aber gerade nach Rückschlägen gilt es, weiterzumachen und vielleicht in einem neuen Aufgabenfeld den nächsten Versuch einer vertieften Zusammenarbeit zu starten. Auch die Jahrzehnte zurückliegende kommunale Neugliederung war nicht einfach und ist es teilweise mancherorts heute noch nicht, aber in vielen Städten und Gemeinden ist das Kirchturmdenken von damals dem Bewusstsein gewichen, dass alle in einem Boot sitzen, nämlich dem der Stadt oder Gemeinde, die der Kommune ihren Namen gibt.

„Überwunden werden kann dieses Denken nur dadurch, dass die kreisangehörigen Kommunen möglichst viel gemeinsam tun.“

„Begegnung schafft Solidarität“

*Das Mindener Begegnungszentrum im Stadtteil
Bärenkämpen bringt Menschen zusammen*



Jeden Freitag öffnet das offene Café seine Türen für die Stadtteilbewohner*innen.

Fröhliches Kindergelächter und Stimmen- gewirr dringt durch die halb geöffnete Tür. Gerade ist der gemeinsame Mittagstisch beendet und die letzten Aufräumarbeiten werden erledigt. Jeden Freitag findet im Begegnungszentrum Bärenkämpen in Minden ein Kochprojekt für alle Stadtteilbewohner*innen statt, bevor am frühen Nachmittag das offene Café seine Türen öffnet. Die leckeren Gerüche vom Mittagstisch mischen sich allmählich mit einem aromatischen Kaffeeduft. Ein sicheres Zeichen, dass das offene Café beginnen kann. Begrüßt werden die Gäste vom Quartiersmanagern Robin Flohr, der Quartiersmanagerin Elke Ruhe-Hartmann sowie dem Integrationshelfer Youssef Omeirat. Trotz des unangenehmen Dauerre-

trum, um verschiedene Weiterbildungs- und Beratungsangebote wahrzunehmen oder einfach zum Quatschen und gemeinsamen Kochen.

Und die Angebote sind vielfältig: von der Babysprechstunde, Sprechstunde der Polizei oder Angeboten des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) bis hin zu Sport und Musikangeboten, gemeinsamen Mittagessen und Kaffeetrinken. Seit einem Jahr gibt es das einladende und helle Haus direkt neben dem Schwimmbad. Und es ist immer was los.

Mit viel Engagement haben die Quartiersmanager Elke Ruhe-Hartmann und Robin Flohr das Begegnungszentrum mit entwi-

„Wir wollten Begegnungsmöglichkeiten für Menschen schaffen, die sich sonst nie treffen.“

Elke Ruhe-Hartmann

gens haben sich auch an diesem Nachmittag wieder fast 20 Stadtteilbewohner*innen im Begegnungszentrum eingefunden.

Bärenkämpen ist ein Stadtteil mit einer Vielzahl von mehrstöckigen Wohnblocks sowie Ein- und Mehrfamilienhäusern, geprägt von Grünflächen. Knapp 7000 Menschen verschiedenster Nationalitäten und Kulturen leben im jüngsten Stadtteil von Minden zusammen. Sie treffen sich im Begegnungszen-

ckelt und aufgebaut. Es ist ein lebendiger Ort, an dem sich verschiedene Kulturen und Generationen treffen können, um gemeinsame Aktivitäten zu gestalten. Das luftige und barrierefreie Haus bietet mit seinen 870 Quadratmetern ausreichend Platz dafür. Die bodentiefen Fenster und das Oberlicht lassen viel Licht ins offen gestaltete Forum. Die Bühne lädt zur Benutzung ein und kann auch für Außenveranstaltungen genutzt werden.

Begegnungszentrum Bärkensämpfen

Im jüngsten Stadtteil von Minden leben knapp 7.000 Menschen. Das Begegnungszentrum wurde 2019 als Anlaufstelle und Treffpunkt für den Stadtteil geschaffen und durch das Städtebau-Sonderprogramm „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ des Landes NRW finanziert. Denn viele Menschen im Quartier haben eine Migrationsbiografie und der Anteil von Familien und Menschen im SGB II Bezug ist höher als im städtischen Durchschnitt. Mit dem neuen Stadtteilzentrum, dem Quartiersmanagement und dem Verfügungsfonds sollen die Menschen und die bürgerschaftlichen Initiativen im Stadtteil gestärkt und unterstützt werden.

Weitere Infos zum Begegnungszentrum Bärkensämpfen: <https://bit.ly/2UJ9Zxc>

Das Begegnungszentrum ist ein Ort für alle Menschen in Bärkensämpfen. „Wir wollten Begegnungsmöglichkeiten für Menschen schaffen, die sich sonst nie treffen“, beschreibt Ruhe-Hartmann das Projekt. Und Flohr ergänzt: „Begegnung schafft Solidarität.“ Und die ist den beiden Quartiersmanagern wichtig. Gemeinsam mit vielen weiteren Akteuren haben sie deshalb in den

der Besucher kommen regelmäßig und freuen sich auf die Möglichkeit, einen Plausch zu halten oder auch ein gemeinsames Spiel zu spielen. So auch Lina. Die Mutter von drei Kindern kommt seit vier Monaten so oft wie möglich ins Begegnungszentrum. Gemeinsam mit ihrem Mann ist sie 2015 aus Syrien geflohen und hat hier im Stadtteil eine neue Heimat gefunden. Lina ist fast jeden Tag im

„Wir wollen die Menschen vor Ort stärken.“

Robin Flohr

letzten Jahren ein vielfältiges Beratungs- und Unterstützungsangebot aufgebaut. „Wir wollen die Menschen vor Ort stärken“, so Flohr. Hilfe zur Selbsthilfe ist Flohr und Ruhe-Hartmann deshalb ein besonderes Anliegen. Dazu sind die beiden im Stadtteil gut vernetzt und haben immer ein offenes Ohr für die Sorgen und Angelegenheiten der Bürger*innen.

Dass das Konzept des Begegnungszentrums aufgeht, sieht man (nicht nur) an diesem trüben Freitagnachmittag. Denn trotz des Dauerregens versammeln sich die meist älteren Stadtteilbewohner bereits kurz vor dem offiziellen Start des Kaffeenachmittags um den langen Tisch. Der erste Kaffee wird ausgeteilt und Plätzchen verteilt. Viele

Begegnungszentrum und nutzt die unterschiedlichen Angebote, aber vor allem den Sprachkurs. „Ich komme sehr gerne ins Café, weil ich hier mein Deutsch verbessern kann“, erzählt sie. Sie fühlt sich sichtlich wohl in der Runde und genießt den Austausch. Auch für Birgit ist das offene Café eine wichtige Bereicherung und ein fest eingeplanter Termin in der Woche.

Gesprächsfetzen wehen durch den gemütlichen Raum. Spiele werden ausgepackt. Auch wenn sich der Kaffee langsam leert, für die meisten geht es erst am frühen Abend wieder zurück in die eigenen vier Wände: mit ein wenig Wehmut, aber viel Vorfreude auf den nächsten Freitag.



Die beiden Quartiersmanager Robin Flohr und Elke Ruhe-Hartmann.

„Gemeinsam gestaltete und genutzte Bildungsorte „leben“ Toleranz, Respekt, Vertrauen und Solidarität in einer „gesunden“ Stadtgesellschaft“

Ein Interview mit Petra Klein

Leitung der Stabsstelle Stadterneuerung in der Stadt Witten

Frau Klein, Sie leiten die Stabsstelle Stadterneuerung der Stadt Witten. Was genau ist Stadterneuerung und wo setzt sie an?

Unsere Gesellschaft und Kommunen unterliegen einem stetigen Wandel. Die Stadterneuerung möchte diesen Wandel aktiv gestalten. Städtebauliche Missstände und Entwicklungsdefizite können so abgebaut, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verbessert und gewachsene bauliche Strukturen zeitgemäß und nachhaltig weiterentwickelt werden. Segregation und Ausgrenzung werden verhindert oder reduziert. Städte werden für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv und bewirken eine starke Identität – hier leben, wohnen und arbeiten wir gerne. Stadterneuerung ist also kein Selbstzweck, sondern möchte den Stadtraum an die Bedürfnisse und Entwicklungen der Gesellschaft (z. B. Digitalisierung, verändertes Mobilitätsverhalten vom KFZ- zum Radverkehr, modernes und zeitgemäßes Wohnen zu bezahlbaren Mieten, Bildung und Chancengleichheit) anpassen.

„Stadterneuerung ist also kein Selbstzweck, sondern möchte den Stadtraum an die Bedürfnisse und Entwicklungen der Gesellschaft anpassen.“



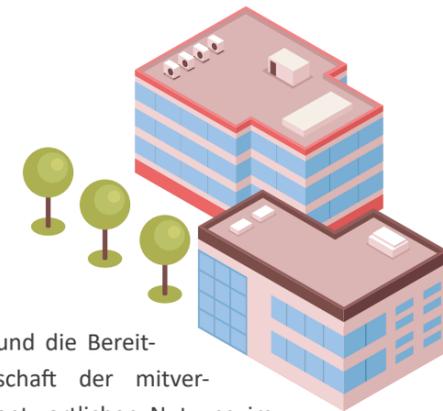
Ist es diese Ausrichtung von Stadterneuerung, die zu einer „gesunden“ Stadtgesellschaft beiträgt und was genau ist eine „gesunde Stadtgesellschaft“ für Sie?

Ja. „Gesunde Stadtgesellschaft“ bedeutet für mich, dass alle Gruppierungen an Erneuerungsprozessen mitwirken können und es auch tun. Die Infrastruktur ist an den Bedarfen der Menschen ausgerichtet. Alle Bürger*innen können teilhaben, alle übernehmen Mitverantwortung im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten. Eine gesunde Stadtgesellschaft ermöglicht Individualität und Vielfalt genauso wie Teilhabe und Chancengleichheit in allen Lebensbereichen.

Schwerpunkt der Stadterneuerung auf der kommunalen Ebene sind dabei bauliche Maßnahmen. Diese erfordern in der Regel hohe öffentliche oder auch private Investitionen. Und die müssen sich lohnen. Löhnen nicht nur im Sinne von Wirtschaftlichkeit, sondern insbesondere im Sinne von Nachhaltigkeit. Wie kann ich eine Maßnahme so planen und gestalten, dass sie von Be-

Petra Klein

Petra Klein ist Diplom-Verwaltungswirtin (MQ) und arbeitet seit 1987 bei der Stadt Witten. In dieser Zeit hat Frau Klein unter anderem das integrierte Stadtentwicklungsprojekt „Soziale Stadt Annen – Annen gestalten“ in partizipativer und interdisziplinärer Arbeit entwickelt und koordiniert und eine Abteilung „Schule und Kindertageseinrichtungen“ geleitet. Seit Oktober 2018 arbeitet sie im Baudezernat und baut die Stabsstelle „Koordination Stadterneuerung“ als neue Querschnittseinheit für ämterübergreifende Zusammenarbeit und Entwicklung von Arbeitsstrukturen in komplexen Stadterneuerungsprozessen auf.



ginn an und auf Dauer intensiv genutzt wird sowie den vorgesehenen Zwecken auch in Zukunft bestmöglich dient? Und wie gestalte ich sie so, dass sie einen Mehrwert für das Quartier und seine Menschen erzeugt?

Inwiefern berücksichtigt die Stadterneuerung genau diese Fragen und was benötigen sie dafür?

Die Stadterneuerung organisiert Prozesse für eine gemeinsame Zielerreichung und vernetzt die Institutionen, relevanten Akteure und Nutzenden. Damit integrierte Stadterneuerung auf Grundlage dieser Anforderungen gelingen kann, benötigen wir

» genaue Analysen der Situation vor Ort: Diese sind Voraussetzung für eine genaue und kleinteilige Feststellung von Bedarfen, Potenzialen, Zielgruppen, Akteuren und darauf aufbauend für die Entwicklung von gemeinsamen Zi-

len und Maßnahmen. Mögliche Instrumente können ein standardisiertes Sozial- und Bildungsmonitoring sein, eine regelmäßige städtebauliche Analyse aber auch die Befragungen der Menschen, die vor Ort leben, wohnen, zur Schule gehen und arbeiten. Sie sind die Kenner*innen des Alltags und haben die meisten und aktuellsten Informationen – und das größte Interesse an nachhaltigen Verbesserungen.

» Partizipation: Auf Grund dieses besonderen Interesses ist es sinnvoll und wichtig, eine ausgeprägte Beteiligungskultur zu etablieren. Konzepte und Projekte sollten gemeinsam mit den Bürger*innen, relevanten Akteuren und Stakeholdern der öffentlichen und privaten Hand entwickelt und umgesetzt werden. So können die Anforderungen bestmöglich gebündelt und Win-Win-Situationen erzeugt werden. Die Identifikation

und die Bereitschaft der mitverantwortlichen Nutzung im Alltag werden gestärkt. Öffentliche und private Bereiche können gemeinsam entwickelt werden.

» Interdisziplinarität: Um nachhaltig erneuern zu können, benötigen wir das Zusammenwirken aller für die Zielerreichung erforderlichen Fachdisziplinen. Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit Schulbauten. Schulen sind nicht mehr nur Lehrinstitute, sondern Lern- und Lebensorte. Um den unterschiedlichen Nutzungsanforderungen gerecht werden zu können empfiehlt sich, die Fachbereiche innere Schule, Schulämter, Schulverwaltung, Hochbau, Gebäudeunterhaltung, Sport, OGS/Kindertagesbetreuung, Jugendamt, Grünfläche, Finanzen und weitere an einen Tisch zu holen, um neben den partizipativen auch alle fachlichen Belange ein-

beziehen und rechtssicher umsetzen zu können.

» Bündelung: von örtlichen und überörtlichen Kompetenzen und Ressourcen für eine bestimmte Zeit auf ein bestimmtes Gebiet stellt sicher, dass Veränderungen zeitnah und sichtbar umgesetzt erkennbar werden und im Zusammenspiel nachhaltige Verbesserungen auslösen (z. B. mit Hilfe der Städtebauförderung und Förderprogrammen anderer Ministerien wie Gute Schule, Finanzierung von Eigenanteilen aus städtischen Haushalten).

Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, kann dann Stadterneuerung eine solidarische Stadtgesellschaft fördern?

Auf jeden Fall. Gemeinsames integriertes Planen und Handeln erzeugen Augenhöhe. Dies bietet die Chance, die Bedürfnisse, Erwartungen und Arbeitsaufträge der anderen Beteiligten kennenzulernen. Diese Perspektivenwechsel und darauf aufsetzenden Interessensabwägungen erzeugen gegenseitiges Verständnis und erleichtern die Formulierung und das Erreichen gemeinsamer Ziele sowie konkreter Projekte. Stadterneuerung ermöglicht soziale Begegnung sowohl im Prozess,

in der Gestaltung von öffentlichen Räumen und Gebäuden als auch in der späteren Nutzung. Stadterneuerung beugt Segregationsprozessen vor und reduziert Ausgrenzung. Die tatsächlichen baulichen Veränderungen erzeugen nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten entsprechend den Anforderungen der modernen Zeit. Stadterneuerung kann Impulse setzen und Mehrwerte für eine solidarische Stadtgesellschaft bewirken.

Besondere Bedeutung für solidarische Stadtgesellschaften haben Bildung und lebenslanges Lernen. Bildung findet in allen Lebenslagen, jederzeit und oft auch unbemerkt statt: in der Familie, im Kindergarten, in der Schule, auf der Arbeit, im Sportverein oder beim gemeinsamen Spiel mit Freunden. Bildungsorte sind die unterschiedlichsten Orte im Quartier. Die Entwicklung und Gestaltung dieser Quartiersorte ermöglicht die niedrigschwellige Verknüpfung von Bildung und Stadterneuerung.

So wird derzeit in Witten-Annen ein Bildungquartier entwickelt, in dem eine zweizügige offene Ganztags-Grundschule mit Kindertreffen und einem baulich abgängigen Bestandsgebäude eine neue Heimat fin-

den soll. Gleichzeitig sollen zwei Einfachsporthallen abgerissen, im Kontext des Bildungsquartiers neu gebaut und um einen dritten Hallenteil für Breitensport erweitert werden. Ebenfalls einbezogen werden soll ein Bürgerforum als Integrationsort für unterschiedliche bürgerschaftliche Aktivitäten im Quartier und darüber hinaus. Das Bildungsquartier wird an einen Stadtteilpark der Generationen sowie den alten Marktplatz angebunden und mit der Gestaltung der Außenbereiche ein neuer durchgehender Grünzug im Annener Zentrum entwickelt.

Durch moderne, multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten, die gemeinsam mit allen Akteuren und zukünftigen Nutzer*innen erarbeitet wurden, werden die inneren und äußeren Flächenbedarfe minimiert. Diese Nutzungsverdichtung ohne Qualitätsverluste senkt die Investitions- und Unterhaltungskosten, so dass das Projekt auch



Abbildung von: Landschaftsarchitekturbüro Hoff, Essen Kartengrundlage: © Stadt Witten

realisierbar wird. Finanziert werden soll es aus kommunalen Mitteln in Verbindung mit Städtebaufördermitteln für den bürgerschaftlich getragenen Bereich. Der Nutzungsmix lädt alle Teile der Stadtgesellschaft ein, sich diesen Ort zu Eigen zu machen.

Dies ist ein Beispiel für die Verknüpfung von Bildung und Stadterneuerung mit Mehrwert und Strahlkraft für das Quartier im Annener Zentrum. Gemeinsam gestaltete und genutzte Bildungsorte „leben“ Toleranz, Respekt, Vertrauen und Solidarität in einer „gesunden“ Stadtgesellschaft.

Welche Vision haben Sie als Leiterin der Koordinierungsstelle Stadterneuerung für die Stadt Witten und welche langfristigen Ziele verfolgen Sie?

Stadterneuerung ist ein Prozess und unterliegt einem ständigen Wandel. Deswegen ist sie keine Momentaufnahme, sondern eine dauerhafte Aufgabe – eine dauerhafte Aufgabe, die eine stetige fachbereichsübergreifende und partizipative Zusammenarbeit braucht. So schaffen und erhalten wir nach-

haltige Stadtgesellschaften, die im Sinne eines solidarischen Miteinanders gemeinsam gestalten und Verantwortung übernehmen.

Derartige Prozesse brauchen Ressourcen in Form von Geld und insbesondere auch koordinierendem Personal. Mein Ziel wäre, dass die Bereitstellung dieser Ressourcen selbstverständlich anerkannt, über die Förderung mitfinanziert und in den Verwaltungsabläufen als Querschnittsaufgabe nicht nur toleriert, sondern standardisiert wird. Dies versetzt uns in die Lage, voneinander zu wissen, gemeinsam zu planen und abgestimmt zu handeln. Jedermann kann seine Erkenntnisse, Kompetenzen und Bedarfe einbringen. Wir können bei gleichem Input bestmögliche Ergebnisse mit nachhaltiger Wirkung erzeugen und Solidarität leben.

Vielen Dank für dieses Interview.

„Perspektivenwechsel und darauf aufsetzenden Interessensabwägungen erzeugen gegenseitiges Verständnis [...]“



Impressum

Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement NRW
Institut für soziale Arbeit e. V.
Friesenring 40
48147 Münster

E-Mail: info@transferagentur-nordrhein-westfalen.de
> www.transferagentur-nordrhein-westfalen.de

V.i.S.d.P.
Johannes Schnurr

Redaktion

Laura Förste
Saskia van den Berg

Layout

Saskia van den Berg

2020 © Institut für soziale Arbeit e. V.

Bildnachweise & Grafiken

S. 7, Solidarität: Designed by Freepik

S. 14, Tablet: Designed by Freepik

S. 24, Schule: Designed by vectorpocket / Freepik, Gebäude: Designed by macrovector / Freepik

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

